

EUROPÄISCHES PARLAMENT

REISE DES VORSTANDS NACH WEISSRUSSLAND

27.-29. NOVEMBER 2002

MINSK

BERICHT DES VORSITZENDEN:

Jan Marinus WIERSMA

Anlage: Teilnehmerliste
Programm

GENERALDIREKTION AUSSCHÜSSE
UND DELEGATIONEN

19. Dezember 2002
EUR/TB/ES

DV\485216DE.doc

PE 325.715

DE

DE

Einleitung

Vom 27. bis 29. November 2002 besuchte eine Delegation des Europäischen Parlaments Weißrussland. Sie wurde geleitet von Jan Marinus WIERSMA (PES, Niederlande), Vorsitzender der Ständigen Delegation des EP für Weißrussland, in Begleitung von Elisabeth SCHROEDTER (Verts/ALE, Deutschland), erste stellvertretende Vorsitzende der Delegation, und Herrn Robert GOODWILL (PPE-DE, Vereinigtes Königreich), Mitglied der Delegation.

Im Rahmen des Besuchs sollte hauptsächlich geprüft werden, wie sich in die innenpolitische Lage in Weißrussland seit den Präsidentenwahlen vom September 2001, bei denen Präsident LUKASCHENKO 75% der Stimmen erzielte, entwickelt hat. Die „Troika“ des Europäischen Parlaments und der Parlamentarischen Versammlungen des Europarats und der OSZE, die Weißrussland damals besucht hatten, waren zu dem Schluss gelangt, dass diese Wahlen nicht internationalen demokratischen Standards entsprachen. Ähnliche Bedenken gab es auch im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen von 2000, die das EP ebenfalls als Teil der „Troika“ überwacht hatte.

Die Delegation wollte vor allem ermitteln, ob hinsichtlich der Presse- und Meinungsfreiheit, der Entwicklung eines unabhängigen parlamentarischen Systems sowie des Aufbaus einer uneingeschränkt funktionsfähigen Zivilgesellschaft und eines pluralistischen demokratischen Systems Verbesserungen zu verzeichnen sind.

Die Reise erfolgte im Zuge der Vorbereitung des Berichts von Pedro MARSET CAMPOS (GUE/NGL, Spanien) über die Beziehungen zwischen der EU und Weißrussland, der Anfang 2003 verabschiedet werden soll. Sie fiel ferner zusammen mit den Vorarbeiten zu einer Strategie der EU gegenüber ihren „neuen Nachbarn“ nach dem derzeitigen Erweiterungsprozess – der Debatte über den „Großraum Europa“.

Die Mitglieder kamen im Rahmen einer Einladung zur Teilnahme an einer von der Universität Weißrussland und dem Europäischen Dokumentationszentrum mit Unterstützung von TACIS veranstalteten Konferenz über die Folgen der Erweiterung für die Nachbarstaaten der EU.

Im Zuge der Reise traf die Delegation mit dem Außenminister, dem Kabinett des Präsidenten, Oppositionsparteien, Gewerkschaften, NGO und diplomatischen Vertretern zusammen. Ferner nahm sie Kontakt zu Organisationen und medizinischem Personal auf, das sich mit den Folgen der Tschernobyl-Katastrophe befasst. Ein Vorschlag des Europäischen Parlaments für ein eigenes medizinisches Hilfsprogramm soll in den Haushaltsplan 2003 aufgenommen werden. Kurz nach dem Besuch der Delegation sponserte der Vorsitzende WIERSMA eine Ausstellung im Europäischen Parlament über die Folgen der Tschernobyl-Katastrophe für Weißrussland. Das vollständige Besuchsprogramm ist in Anlage beigefügt.

Tätigkeit der OSZE in Weißrussland

Kurz vor dem Besuch hatte die weißrussische Regierung beschlossen, die Visa der Hauptmitarbeiter der Beratungs- und Überwachungsgruppe (AMG) der OSZE in Minsk nicht zu verlängern. Damit sind dieser Gruppe in Weißrussland derzeit die Hände gebunden.

Die EP-Delegation betonte, dass der Dialog über die Rolle der AMG in Weißrussland fortgesetzt werden müsse, und zwar auf der Grundlage des ursprünglichen OSZE-Mandats, d.h. der Überwachung und Unterstützung demokratischer Entwicklungen in Weißrussland. Die Bemühungen der AMG um die Förderung eines Dialogs zwischen Regierung und Opposition seien durchaus wertvoll und wichtig gewesen. Der frühere OSZE-Botschafter, Hans-Georg WIECK, sei von seiner Institution und von der EU unterstützt worden. Er habe sich jedoch einer Regierung gegenüber gesehen, die nicht bereit sei, politische und wirtschaftliche Reformen durchzuführen. Die Delegation werde alle ernstgemeinten Bemühungen um eine Rückkehr der AMG nach Minsk unterstützen.

Nach Aussage der weißrussischen Regierung hat die Beratungs- und Überwachungsgruppe in Weißrussland insofern gegen ihr Mandat verstoßen, als sie sich in innere Angelegenheiten einmischte. Grundsätzlich habe die Regierung nichts gegen eine Vertretung der OSZE in Minsk und sei auch offen für einschlägige Verhandlungen. Behauptungen, der Sondergesandte für Fragen der OSZE-Kooperation mit Weißrussland, Botschafter Eberhard HEYKEN, habe man kein Visum erteilt, seien gegenstandslos.

Von anderer Seite hieß es, das Vorgehen von Botschafter WIECK habe die Situation verschärft und die Position von Opposition und Gewerkschaften geschwächt. Es sei nicht Aufgabe der OSZE, oppositionelle Kräfte zu fördern und logistisch zu unterstützen, wie in den letzten Wahlen geschehen. In anderen Ländern, so in Tschechien, sei die OSZE nicht so vorgegangen, sondern habe mit der Regierung zusammengearbeitet. Nur in Weißrussland habe das Mandat der OSZE keine wirklichen Grenzen gehabt. Grundsätzlich sei die weißrussische Regierung mit Sicherheit bereit, mit der OSZE zu verhandeln.

Verweigerung von Visa durch die EU

Am 19. November 2002 weigerten sich 14 der 15 EU-Staaten sowie einige Beitrittsländer, acht prominenten weißrussischen Politikern, darunter Präsident LUKASCHENKO, Visa zu erteilen. Vorausgegangen war eine Erklärung des Rates Allgemeine Angelegenheiten vom 21. Oktober, der sich äußerst besorgt über die Lage von Demokratie und Menschenrechten in Weißrussland und über das Vorgehen der weißrussischen Regierung gegen die AMG der OSZE geäußert hatte. Die Tschechische Republik lehnte es ab, LUKASCHENKO für die Teilnahme am Gipfel des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats (EAPC) vom 22. November ein Visum auszustellen. Daraufhin wurde der weißrussische Botschafter bei der Tschechischen Republik zu „Konsultationen“ zurückbeordert, und der diplomatische Vertreter Tschechiens in Minsk reiste „urlaubshalber“ nach Hause. Die weißrussische Regierung protestierte aufs Schärfste gegen die Visa-Verweigerung. Portugal hatte sich als einziger Mitgliedstaat dagegen ausgesprochen, hauptsächlich deshalb, weil die Parlamentarische Versammlung der OSZE vom 6.–7. Dezember 2002 in Lissabon tagen sollte.

Nach Auffassung der EP-Delegation war die Verweigerung der Visa für den besagten Personenkreis eine angemessene Reaktion auf die Weigerung der weißrussischen Regierung, mit der europäischen Demokratie zusammenzuarbeiten und insbesondere die Visa der AMG-Mitarbeiter zu verlängern.

Es hieß, die Acht-Personen-Liste könne geändert werden und sei nach Konsultationen mit den westlichen Botschaften in Minsk erstellt worden. Die Delegation konnte jedoch nicht ermitteln, welche Kriterien für die Aufnahme in die Liste maßgebend waren. Die EU – so die Delegation – habe nicht die Absicht, Weißrussland zu isolieren; vielmehr treibe die derzeitige weißrussische Regierung das Land in die Isolation.

Die weißrussische Regierung äußerte sich höchst unzufrieden über die Visa-Verweigerung. Außerdem vertrat sie die Auffassung, die Nicht-Teilnahme weißrussischer Abgeordneter an der Parlamentarischen Versammlung der OSZE verstoße gegen die Geschäftsordnung dieser Organisation.

Die Ansichten über die Visa-Verweigerung waren geteilt. Ein Sprecher war der Auffassung, die Lage werde dadurch weiter verschärft, und gemäßigte Regierungsmitglieder müssten damit zunehmend Hard-Linern weichen. Andere hielten die Verweigerung für kontraproduktiv, wieder andere befürworteten sie. Es gab auch Stimmen gegen einen diesbezüglichen Konfrontationskurs gegenüber der weißrussischen Regierung.

Beziehungen zwischen der EU und Weißrussland

Die EP-Delegation betonte, dass die Erweiterung der EU bis an die Grenzen Weißrusslands im Anschluss an die derzeitige Erweiterung immer dringender eine Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten erfordere. Zusammengearbeitet werden müsse in Fragen von beiderseitigem Interesse, beispielsweise Grenzschutz, Asyl und Bekämpfung von Menschen- und Drogenhandel. Die EU sei jedoch mehr als eine reine Wirtschaftsorganisation; sie gründe sich auf gemeinsame Werte wie Demokratie und Achtung der Menschenrechte. Weißrussland und die anderen „neuen Nachbarn“ der EU müssten nunmehr entscheiden, ob sie auf diesem Weg zur Demokratie folgen wollten. Die EU habe mit Sicherheit kein Interesse an einem neuen Eisernen Vorhang. Was Präsident Romano PRODI angeblich unlängst bezüglich des Ausschlusses einer etwaigen EU-Mitgliedschaft für Länder wie die Ukraine und Moldawien geäußert habe, sei unhaltbar.

Auch von weißrussischer Seite wurde das Erfordernis von Zusammenarbeit, Dialog und gegenseitigem Verständnis betont. Hierzu gebe es keine Alternative, und die EU sei für Weißrussland von zentraler Bedeutung, insbesondere nach der Erweiterung. Es fielen Äußerungen wie „wir können einander nicht davonlaufen“ oder (von einem Nicht-Regierungssprecher) „Geographie ist wichtiger als Geschichte“. Weißrussland stimmte der Ansicht zu, dass beide Seiten ein gemeinsames Interesse an Sicherheit sowie an der Bekämpfung von Terrorismus und von Drogen- und Menschenhandel hätten. Die weißrussische Regierung arbeite mit derzeit mit den Nachbarstaaten zusammen, um dieses Problem nach der Erweiterung so weit wie möglich abzubauen.

Bedauert wurde von weißrussischer Seite das zunehmende Misstrauen zwischen der EU und Minsk. Es nütze nichts, Weißrussland unter Druck zu setzen. Außerdem habe die EU Weißrussland bereits in den frühen neunziger Jahren zu wenig Beachtung geschenkt und neige dazu, ihr Verhältnis zu diesem Land mit den Augen von Oppositionsparteien und NRO zu sehen. Daraus resultiere ein allgemeines Misstrauen der weißrussischen Regierung gegenüber der EU

und die Ansicht, dass Brüssel mit dem, was sie tue, niemals zufrieden sein werde. Dieses gegenseitige Misstrauen sei zu bedauern und müsse beseitigt werden.

Die EU messe mit zweierlei Maß, da sie zu zentralasiatischen Ländern, in denen die Demokratie wesentlich weniger weit entwickelt sei als in Weißrussland, offizielle Beziehungen unterhalte.

Als erstes bedürfe es der Wirtschaftszusammenarbeit. Zur Zeit würde ein vorläufiges Handelsabkommen eher als ein voll umfängliches Partnerschafts- und Kooperationsabkommen die wirtschaftliche Lage in Weißrussland verbessern. Man sei besonders unzufrieden mit dem Ansatz der belgischen Präsidentschaft, die erklärt haben soll, wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten sei erst dann möglich, wenn Weißrussland die Marktwirtschaft eingeführt habe. Dies sei insofern unrealistisch, als Weißrussland EU-Hilfe brauche, um eine Marktwirtschaft erst aufzubauen. Weißrussland könne ein guter Handelspartner der EU sein. Zusammenarbeit im Handel und in Wirtschaftsfragen könne zu einem intensiveren politischen Dialog führen.

Beziehungen zwischen Weißrussland und Russland

Während die Ukraine und Moldawien politisch auf einen möglichen EU-Beitritt hinarbeiten, bemüht sich Weißrussland um einen stärkeren Anschluss an Russland. Einige Sprecher betonten das starke wirtschaftliche Engagement Russlands in Weißrussland. Ein weißrussischer Abgeordneter wies darauf hin, dass der Handel mit Russland 55% des weißrussischen Handels ausmache. Einige der diesbezüglich Befragten erklärten, viele russische Wähler sympathisierten mit LUKASCHENKO, und Präsident PUTIN wolle diese Wählergruppe mit Sicherheit nicht verärgern, obwohl sich die Situation nach seiner Wiederwahl ändern könne.

Es wurde auch die Ansicht vertreten, dass die Annäherung und die Wirtschaftsintegration zwischen Russland und Weißrussland politische und wirtschaftliche Reformen in Weißrussland fördern solle. Dies sei aussichtsreicher als die Verhängung von Reisebeschränkungen gegen führende weißrussische Politiker, und die Beziehungen zwischen Weißrussland und der EU sollten normalisiert werden. Diese Ansicht wurde von einem anderen Sprecher in weiten Teilen unterstützt, der meinte, dass Russland eine positivere Haltung gegenüber Weißrussland vertrete und nunmehr bei der Regierung darauf dringe, Reformen einzuleiten.

Pressefreiheit und Menschenrechte

Die Ansichten darüber, ob die Pressefreiheit zu- oder abnehme, gingen auseinander. Einige Sprecher berichteten, die Lage habe sich verschlechtert und für aus Russland kommende elektronischen Medien seien neue Beschränkungen verhängt worden (obwohl auch diese nicht wirklich unabhängig seien und LUKASCHENKO häufig in einem positiven Licht darstellten). Außerdem sei der Zugang zu internationalen Medien äußerst teuer. Andere Sprecher erklärten, die Restriktionen seien nicht so streng, wie noch vor fünf Jahren, da sich die unabhängigen Medien derart in Finanznot befänden, dass die Regierung gar nicht mehr besonders scharf gegen sie vorgehen müsse.

Ein Sprecher verwies auf Schikanen und Sanktionen gegen führende Oppositionspolitiker des Regimes, auf häufige Inhaftierung ohne Verfahren und generelle Einschüchterung. Für aktive Oppositionelle sei es schwierig, eine Arbeit zu finden.

Viele Sprecher erklärten, die finanzielle Belastung der unabhängigen Presse sei extrem hoch. Die Produktionskosten für unabhängige Zeitungen lägen um 48%, die Vertriebskosten um 30% über denjenigen für staatliche Zeitungen. Außerdem leide die unabhängige Presse darunter, dass für Werbung in nichtstaatlichen Zeitungen eine Steuer in Höhe von 5% erhoben werde (70% der Zeitungseinnahmen stammen aus Anzeigen und Werbung). Infolgedessen koste die Produktion einer unabhängigen Zeitung zwei- bis dreimal mehr als die einer staatlich geförderten. Damit sei die Auflage unabhängiger Zeitungen erheblich gesunken – beispielsweise habe sich die Auflage von „Narodnaya Volya“ halbiert. Der Haushaltsplan für 2003 sehe massive Subventionen für die Staatspresse vor. Die Lage in den Provinzen sei noch gravierender als in Minsk.

Die Delegation nahm zur Kenntnis, dass ein Dialog mit den Behörden über religiöse Fragen möglich sei, und die Lage der römisch-katholischen Kirche habe sich in den letzten zehn Jahren verbessert, wenngleich es noch viele Schwierigkeiten und administrative Hürden gebe. Jeglicher politischer Druck von Seiten des Westens müsse mit einem Dialog einhergehen.

Beschwerden gab es bezüglich der zunehmenden Restriktionen, unter dem die unabhängigen Gewerkschaften zu leiden hätten. Die Regierung habe im Juli 2002 den Gewerkschaftsbund übernommen und ihn mit präsidententreuen Mitgliedern besetzt. Ein Sprecher erklärte, hier würden noch die „letzten Reste von Demokratie“ beseitigt. Gewerkschaftsmitglieder würden von ihren Arbeitsplätzen vertrieben, eingeschüchtert und unter Druck gesetzt. Einige bemühten sich um Unterstützung von westlichen Gewerkschaften und arbeiteten auch mit russischen Gewerkschaften zusammen. Ein Sprecher erklärte, die Gewerkschaften seien schlecht organisiert und könnten von der Regierung ohne weiteres aufgelöst werden. Sie hätten insoweit ein gemeinsames Problem, als sich die Regierung weigere, sie zu registrieren und dadurch ihre Tätigkeit de facto verbiete. Die EP-Delegation betonte, es sei ein grundlegender europäischer Wert, dass sich arbeitende Menschen organisieren.

Es wurde darauf hingewiesen, dass es rd. 2.500 NRO in Weißrussland gebe, von denen 40% aktiv seien. Diejenigen, die mit der Delegation zusammentrafen, berichteten, sie stießen in der Regel auf Ablehnung, obwohl es gewisse Fortschritte gebe, und zwar im wesentlichen in nichtpolitischen Bereichen, in denen die Zusammenarbeit mit den Behörden nicht allzu problematisch sei. NRO arbeiteten beispielsweise in Schulen und Krankenhäusern. Das TACIS-Programm – so verlautete – könne dadurch, dass es NRO unterstütze, die Einleitung eines Dialogs mit den Behörden ermöglichen; in dieser Hinsicht sollte mehr getan werden.

Die Kommission berichtete, sie habe mit einigen Schwierigkeiten die Durchführung des Benchmark-Programms über die Zivilgesellschaft nahezu abgeschlossen. Dass TACIS-Mittel versteuert werden müssen, wurde mehrfach angesprochen. Die Frage der Steuerbefreiung werde derzeit von der Kommission und den weißrussischen Behörden erörtert. Eine Voraussetzung für die Inanspruchnahme von TACIS-Mitteln sei jedoch, dass sie steuerfrei seien. Weißrussische Abgeordnete erklärten, zur Zeit werde ein Gesetz vorbereitet, das die Steuerbefreiung von TACIS-Mitteln gewährleiste.

Ein anderer Sprecher erklärte, es gehe nunmehr in erster Linie um den Aufbau einer starken Zivilgesellschaft; die Politisierung der Arbeit von NRO sei kontraproduktiv.

Das weißrussische Parlament

Mehrere Sprecher meinten gegenüber der Delegation, hinsichtlich der von der Regierung versprochenen Maßnahmen zur Erweiterung der Befugnisse des Parlaments seien wenig Fortschritte erzielt worden. Die Opposition im Repräsentantenhaus sei klein und schwach. So hätten beispielsweise verschiedene Abgeordnete mehrere Initiativen, u.a. einen Vorschlag für die Einsetzung einer Kommission für die Untersuchung der Fälle von Verschwundenen gestartet. Die präsidententreuen Abgeordneten hätten dies jedoch blockiert. Im Großen und Ganzen sei die parlamentarische Opposition ineffizient; ihre Mitglieder würden im Rahmen ihrer Tätigkeit bedroht und auch in anderer Weise eingeschüchtert.

Von weißrussischer Seite wurde bedauert, dass es zwischen dem EP und Weißrussland keine normalen parlamentarischen Beziehungen gebe. Die Kritik der EU am fairen Ablauf der Parlamentswahlen in Weißrussland gelte doch durchaus auch für andere Länder, zu denen die EU normale parlamentarische Beziehungen unterhalte.

Die Mitglieder des weißrussischen Parlaments erklärten, sie hätten umfassende Befugnisse und könnten die politische Situation beeinflussen. Sie hielten die Frage der Kontrolle des Budgets des Präsidenten durch das Parlament nicht für vorrangig und erklärten, die Mittel dieses Postens seien für soziale und humanitäre Projekte bestimmt. Die meisten Mittel fielen jedoch unter den allgemeinen Haushaltsplan.

Wirtschaftliche Situation

Viele Sprecher berichteten, die wirtschaftliche Situation verschlechtere sich. Eine kleine Minderheit lebe zwar in beachtlichem Wohlstand, ansonsten seien jedoch viele in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Gehälter seien niedrig und würden häufig nicht rechtzeitig ausgezahlt. Ein Sprecher vertrat die Auffassung, der Niedergang der Wirtschaft werde die Regierung veranlassen, schärfere Maßnahmen zu ergreifen. Zum Teil wurde die Ansicht vertreten, dass die Wirtschaftskrise die Regierung schwächen werde, aber auch, dass sich viele Weißrussen noch stärker an LUKASCHENKO klammern würden, da sie in ihm die einzige Hoffnung auf Rettung sähen.

Vielfach hieß es, die Entwicklung der Marktwirtschaft stecke noch in den Kinderschuhen. Wirtschaftliche Verbesserungen würden den Reformprozess vorantreiben und die Entwicklung einer Mittelklasse und einer Zivilgesellschaft fördern, die demokratische Reformen befürworteten. Zur Zeit orientiere sich Präsident LUKASCHENKO stärker an der „sozialen Basis“ des Landes. Weißrussland habe allerdings erst 1990 begonnen, sich in Richtung einer Marktwirtschaft zu orientieren, und hinke dem Westen daher zwangsläufig hinterher. Gesetze zur Vorbereitung marktwirtschaftlich orientierter Reformen würden jedoch vorbereitet.

Die Beseitigung administrativer Handelshemmnisse – so einige Sprecher – sei von vorrangiger Bedeutung, zumal diese eine große Belastung darstellten (Korruption sei weniger

problematisch). Eine wirtschaftliche Umstrukturierung werde jedoch zum Verlust vieler Arbeitsplätze führen, und in rd. 150 Städten gebe es nur ein einziges Unternehmen. Deshalb müssten Klein –und Mittelbetriebe gefördert werden. Weißrussland verfüge über qualifizierte Arbeitskräfte, die ihre Möglichkeiten nicht ausschöpfen könnten.

Präsidenten- und Lokalwahlen

Nach Ansicht eines Sprechers könnten gewisse „administrative Ressourcen“ genutzt wurden, um Präsident LUKASCHENKO bei den Präsidentenwahlen im September 2001 mehr Stimmen zu verschaffen. Dabei gehe es jedoch um höchstens 20% der Stimmen, und Präsident LUKASCHENKO hätte auch freie, gerechte Wahlen mit rd. 60% der Stimmen gewonnen.

Die Lokalwahlen, so verlautete von Nichtregierungsseite, die am 2. März 2003 stattfinden, dürften nicht frei und fair ablaufen, sondern zugunsten der Regierungstreuen ausgehen. An manchen Orten verfügten die Wahlbehörden nicht über die nötige Erfahrung bzw. Schulung, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Es gebe Berichte, dass die Behörden die Opposition bereits schikaniert hätten indem die Registrierung verwaltungstechnisch behindert und Telefonleitungen stillgelegt worden seien. Die Massenmedien seien angewiesen worden, nur über der Regierung genehme Parteien zu berichten. Die Oppositionsparteien hätten versucht zu gewährleisten, dass in jedem Wahlkreis nur ein einziger oppositioneller Kandidat aufgesellt würde. Dies sei in den Provinzen gelungen, aber es gebe noch immer Diskussionen darüber, in welche Wahlbezirke Minsk aufgeteilt werden solle.

Es bestünden auch Bedenken, dass die Opposition für den unwahrscheinlichen Fall eines Wahlsieges nicht über hinreichend ausgebildetes und erfahrenes Personal verfüge. Sie stelle jedoch Kandidaten auf, da sie der Bevölkerung ihre Botschaft übermitteln und herausfinden wolle, was den Wählern wichtig sei.

Präsident LUKASCHENKO

Über den Popularitätsverlust von Präsident LUKASCHENKO gingen die Meinungen auseinander. Einige waren der Auffassung, er sei mittlerweile in einer heiklen Position, da Russland ihn unter Druck setze und die wirtschaftliche Lage sich verschlechtere. Teilweise wurde die Ansicht vertreten, LUKASCHENKO optiere für die Isolierung und nicht für Europa. Ein Sprecher meinte, die EU versuche, eine rationale Politik zu betreiben, hätte es jedoch mit einem „irrationalen und emotionalen“ Führer zu tun. Es sei durchaus möglich, dass LUKASCHENKO, wenn er zu unberechenbar würde, durch ein Mitglied der derzeit herrschenden Elite ersetzt würde. Andere meinten jedoch auch, es sei kontraproduktiv, Präsident LUKASCHENKO unter Druck zu setzen, da „solche Probleme nicht mit dem Hammer gelöst werden“.

Ergebnis

Die Delegation kam zu dem Ergebnis, dass Weißrussland im Hinblick auf demokratische Reformen noch keine signifikanten Fortschritte erzielt hat. Sie unterstützt alle Bemühungen

zugunsten der Rückkehr der AMG der OSZE nach Minsk und der weiteren Umsetzung der wichtigsten Teile von deren Mandat zur Überwachung und Unterstützung demokratischer Entwicklungen in Weißrussland. Sie betont, dass Weißrussland Teil des europäischen Kontinents ist, das Land jedoch zunehmend von den Entwicklungen im übrigen Europa abgekoppelt wird, wenn sich die Regierung weigert, die grundlegenden demokratischen Werte zu akzeptieren, die die Grundlage der Europäischen Union und anderer europäischer Organe sind.

Die Delegation unterstützt all diejenigen Kräfte in Weißrussland, die bereit sind, gegen diese Isolierung zu arbeiten und demokratische und wirtschaftliche Reformen in Weißrussland sowie die Integration des Landes in europäische Strukturen zu fördern. Sie betont, dass sich Weißrussland auch im Interesse der Europäischen Union zu einem demokratischen Nachbarstaat entwickeln sollte.

EUROPEAN PARLIAMENT

BUREAU VISIT TO BELARUS

MINSK

27 – 29 November 2002

List of participants

Members

Mr Jan Marinus WIERSMA, <i>Chairman</i>	PSE, Netherlands
Ms Elisabeth SCHROEDTER, <i>1st Vice-Chairman</i>	Verts/ALE, Germany
Mr Robert GOODWILL, <i>Member</i>	PPE-DE, United Kingdom

Secretariat

Mr Tim BODEN, Administrator responsible for the delegation
Ms Elke SCHMUTTERER, Assistant

Political Groups

Mr Rob VAN DE WATER, Group of the Party of European Socialists

European Commission

H.E. Mr Norbert JOUSTEN, EU Ambassador to Ukraine, Moldova and Belarus
Mr Raul de LUZENBERGER, Head of the TACIS Branch Office in Minsk

Interpreters

Ms Tatiana LYASHENKO, Russian – English - Russian
Mr Yuri GARIEV, Russian – English - Russian

Others

Ms Irena BOUGLAK, Assistant of Mr Goodwill

Abbreviations :

PPE-DE	European People's Party/European Democrats	UEN	Union for a Europe of Nations
PSE	Party of European Socialists	NI	Non-attached
ELDR	Liberal, Democrat and Reform Party	EDD	Europe of Democracies and Diversities
Verts/ALE	Greens/European Free Alliance	TDI	Technical Group of Independent
GUE/NGL	European United Left/Nordic Green Left	Members	

5 December 2002/es

PE 325.715

10/14

DV\485216DE.doc

EUROPEAN PARLIAMENT

BUREAU VISIT TO BELARUS

27 – 29 November 2002

FINAL PROGRAMME

Coordination:

Mr Tim BODEN
Brussels, ATR 02K054
Tel: (32 2) 284 34 59

Ms Elke SCHMUTTERER
Brussels, ATR 02K056
Tel. (32 2) 284 39 31

Fax: (32 2) 284 68 30

Mobile during the mission:
+32-0475-977002

Wednesday, 27 November 2002

12h45 Arrival of the delegation (LH 3256/Frankfurt) and transfer to hotel

Hotel YUBILEYNAYA
220078 Minsk, Masharov Ave., 19
Phone +375(017) 2269023, 2269024, 2269809
Fax +375(017) 2269171

(arranged by the TACIS Branch Office Minsk)

5 December 2002
TB/ES

Wednesday, 27 November 2002

- 14h15 *Departure hotel for*
14h30 Meeting with **H.E. Mr Stefano BENAZZO**, Ambassador of Italy to Belarus, representing the Presidency-in-Office of the Council of the European Union, and other EU Ambassadors (Germany, UK, France and the Finnish Ambassador to Lithuania, Belarus)
Venue: Italian Embassy, Uliza Karl Marx 37, Tel. +375 17 229 29 69
- 15h30 Meeting with **Journalists**
(Mr Feduta, -Independent Analyst, Ms Tomashevskaya – Belarussian Delavaia Gazeta, Mr Potemkin – Belapan, Ms Kalinovskaya – Belarussian Rynok, Mr Lebedev – Svobodnie Novostie, Mr Krivin, TBN Regional Television)
Venue: TACIS Branch Office, Internatsionalnaya Str. 21, 2nd floor, Tel. +375-17-2066613, 2066916
- 17h00 Meeting with **NGOs**
(Lev Sapeha, Belarussian Helsinki Committee, United Way, Ratusha, Rada of Youth Organisations, SCAF, Children’s Hospice, Lene Petersen of the European House, Susanne Mueller of DRA)
Venue: TACIS Branch Office, Internatsionalnaya Str. 21, 2nd floor, Tel. +375-17-2066613, 2066916
- 18h45 *Departure for*
19h00 Dinner for EP Delegation and EU Ambassadors, hosted by **H.E. Mr Stefano BENAZZO**, Ambassador of Italy to Belarus, representing the Presidency-in-Office of the Council of the European Union
Venue: Residence of the Italian Ambassador, 9a Osvobozhdenia Str., 1st floor
- 21h30 *Return to hotel*

Thursday, 28 November 2002

- 08h45 *Departure hotel for*
09h00 – 10h15 Meeting with **H.E. Mr Alexander BLOKIN**, Russian Ambassador to Belarus
Venue: Russian Embassy, 48 Starovilenskaya Str.
- 10h15 *Departure for*
10h30 – 11h30 Conference on consequences of EU Enlargement for neighbours
Venue: Belarussian State University, Skaryna av. 4, Tel. +375-17-226 59 40
- 11h15 *Departure for (Mr Goodwill)*
11h30 Meeting with **doctors on Chernobyl**
Venue: TACIS Branch Office, Internatsionalnaya Str. 21, 2nd floor, Tel. +375-17-2066613, 2066916

Thursday, 28 November 2002

- 11h30 *Departure for*
11h45 Meeting with **H.E. Mr Ivan YURKOVICH**, Apostolic Nuncio
Venue: Nunziatura, Volodarskogo Str. N.6, tel. 2891584
- 12h20 *Departure for*
- 12h30 Lunch with **H.E. Mr KOZAK**, American Ambassador,
hosted by **Mr Jan Marinus WIERSMA**, Chairman of the Delegation
Venue: Restaurant "Krinitsa" 2 Lenina Str.
- 14h00 *Return to hotel*
- 15h00 *Departure hotel for*
15h30 Meeting with **Mr Igor LESCHENIA** – President's Aide
Venue: Presidential Administration, 38 Karl Marx Str.
- 16h10 *Departure for*
16h15 Meeting with **Mr Anatoli MIKHAILOV** – Rector of European Humanities
University
Venue: European Humanities University, 24 Skoriny ave.
- 16h45 *Departure for*
17h00 Meeting with **Mr Mikhail KHVOSTOV** – Minister of Foreign Affairs
Venue: Ministry of Foreign Affairs, 19 Lenina Str.
- 17h50 *Departure for*
18h00 Meeting with the **Council of Opposition Forces**
(Mr Kalyakin, Communist Party of Belarus, Mr Statkevitch – Social Democrats,
Mr Chigir - United Civic Party, Belarussian Popular Front)
*Venue: TACIS Branch Office, Internatsionalnaya Str. 21, 2nd floor,
Tel. +375-17-2066613, 2066916*
- 19h15 Meeting with representatives of **Trade Unions**
(Mr Fedynich, Federation of Trade Unions, Mr Bykov, Free Trade Unions, Mr
Yaroshuk, Congress of Democratic Trade Union)
*Venue: TACIS Branch Office, Internatsionalnaya Str. 21, 2nd floor,
Tel. +375-17-2066613, 2066916*
- 20h45 *Departure for*
21h00 Dinner with the representatives of **TACIS projects** (Mr Tibbs, Mr Lehmann, Ms
Mueller, Ms Mozhaiski, Mr Liverani, Mr Poulsen), hosted by the **H.E. Mr
Norbert JOUSTEN**, EU Ambassador to Ukraine, Moldova and Belarus
Venue: Restaurant "Bergamo", 37 Kulman Str.

For Mr Goodwill:

19h00 Dinner at the British Residence
Venue: 37 Karl Marx Str.

Friday, 29 November 2002

08h15 *Departure hotel for (EP Delegation only)*
08h30 Breakfast with Belarusian Parliamentarians (Mr VOITOV – Chairman of the Council of the Republic, Mr CHERGINETS – Chairman of the International Relations and National Security Committee)
Venue: Hotel “Oktiabrskaya”, 13 Engelsa Str.

09h35 *Departure for*
09h45 Meeting with representatives of United Nations Development Programme (UNDP),
World Bank, Chernobyl Committee
(discussion on Chernobyl and other assistance programmes)
Venue: UN Office, 17 Kirov Str., Tel: +375 17 227 38 17, 227 81 49

10h00 Meeting with **H.E. Mr Tadeusz PAVLAK**, Polish Ambassador to Belarus
(Mr Wiersma/Mr Jousten only)
Venue: Polish Embassy

11h00 *Departure for*
11h15 Debriefing with EU Ambassadors
Venue: Italian Embassy, Uliza Karl Marx 37

11h30 Visit to the Mercy House – A charitable institution of the Orthodox Church,
The Mercy House also hosts the offices of Mr Nesterenko Belrad Institute
working on the effects of radiations on the population (Mr Goodwill only)
Venue: The Mercy House, 11 Staroborisovski trakt

12h30 *Departure for (Mr Wiersma, Mr Van De Water, Ms Schmutterer)*
12h45 *Departure for (Mr Goodwill – from the Mercy House)*
14h00 *Flight LH 3329 to Frankfurt*

12h30 *Transfer to IBB Hotel (Ms Schroedter) (TBO in charge)*

16h00 *Departure hotel for (Mr Boden, Mr Lyashenko, Mr Gariev) (TBO in charge)*
17h40 *Flight OS5688 to Vienna*
19h00 *Flight B2 1994 to Moscow*